

Protokoll



Termin:

Datum: **Mittwoch, 24.6.2020 10:30 Uhr – 16:00 Uhr**

Ort: **Videokonferenz und Rathausstraße 8 Raum Gauss**

Teilnehmer: Dieter Bartelme (Wien bis TOP 3)
Thomas Gayer (Vorarlberg)
Christian Gebauer (Wien)
Robin Heilig (Wien TOP 7)
Christian Hirt (NÖ)
Herbert Hüttenbrenner (Stmk)
Rudolf Ivancsits (Bgld)
Mario Klier (OÖ)
Franz Koch (Bgld)
Rudolf Köller (Kärnten)
Jasmin Kröll (Wien bis TOP 3)
Nina Neuberger (Wien) – Protokoll
Petra Stummer (NÖ)
Robert Scharinger (BMG TOP 7)
Norbert Weidinger (Wien)
Christian Weninger (BMG TOP 7)
Mathias Winkler (Tirol) - Vorsitz
Christof Zeller (Salzburg)

Top 1: Tagesordnung und Protokoll

Die Protokolle der letzten beiden Sitzungen werden auf dem Reference Server nachgereicht.
Allfällige Ergänzungen zur Tagesordnung wurden aufgenommen.

Top 2: GISA (Wien)

ELAK Trans

Die Übermittlung der Daten erfolgt derzeit über den Layer 1 (Geschäftsstück) in den ELAK für alle Bundesländer übermittelt werden.

In ELAK-Trans 3.0-Version erfolgt die Übermittlung noch immer über den Layer 1. Korrekter laut Steiermark wäre die Verwendung des „Layer 3“ (Akt), ELAK-Trans wäre damit einheitlich umgesetzt und da GISA oft Vorbild, sollte hier sauber umgesetzt werden.

Es gibt drei Varianten zur weiteren Vorgehensweise:

1. Es wird grundsätzlich von Layer 1 auf 3 umgestellt. Dies kann aber nur in Form eines BigBangs erfolgen, im anderen Fall jedenfalls eine Konfiguration (Variante 2) erforderlich ist. Ein GISA-Change Request wäre notwendig und jeder Partner muss die Middleware anpassen.
2. Es gibt eine Konfigurationsmöglichkeit im GISA, sodass jedes Land/Partner selbst einstellen kann, über welchen Layer die Daten übermittelt werden soll – diese Variante ist komfortabel, hat aber auch die Auswirkung, dass jeder seine eigene Middleware anpassen müsste. Diese Variante bedeutet auch Change im GISA.
3. Die bisherige Implementierung wird nicht verändert, man bleibt beim Layer 1 (Geschäftsstück) - Es müssen nur diejenigen ihre Middleware anpassen, die damit derzeit nicht das Auslangen finden.

Eine erste Grobschätzung für einen GISA-ChangeRequest (Variante 1 und 2) beläuft sich auf 45 PT.

Wien startet eine Umfrage, um abzufragen wie die anderen Länder die Middleware implementiert haben und ob eine Umstellung initiiert werden soll.

GISA Sicherheitsbericht

Hintergrund: Es gibt eine Task Force seitens BMDW welche die Datenkonformität der bestehenden Register bestätigen soll.

Seitens GISA wurde ein vorab Bericht erstellt (Folien liegen bei), am detaillierteren Bericht wird gearbeitet.

Top 3: VSTV-Neu (Vorarlberg)

Frau Kröll präsentiert, Unterlagen sind am Reference Server zu finden.

1. Budget für 2020

Aufgrund der aktuellen Anforderungsplanung für 2020 durch das Fachgremium müsste das Budget (gemeinsamer Weiterentwicklungstopf) erweitert werden.

Ohne einer Budgetaufstockung können nicht alle Changes in der Release 8.1 dieses Jahr umgesetzt werden.

Basierend auf den Diskussionen in der Vergangenheit wird angenommen, dass seitens BMI keine Budgeterhöhung möglich ist.

Auch Burgenland/Steiermark sind an der budgetären Grenze, es soll nur das umgesetzt werden, was unbedingt notwendig ist.

Wien und Tirol hätten noch einen gewissen Spielraum. Aber in Summe sind die

Weiterentwicklungskosten natürlich sehr hoch und sollten jedenfalls gedeckelt werden.

Konsens: Das Fachgremium muss noch stärker darauf achten, dass die CRs priorisiert werden und Reserven vorliegen.

Rubicon hat mitgeteilt, dass wenn keine Budgeterhöhung kommt, das Personal zu reduzieren, da nicht mehr voll ausgelastet (16 Personen werden zurzeit beschäftigt).

Aber das ist in Betriebsphasen eigentlich ein normaler Vorgang, Entwicklerressourcen werden immer reduziert. Unterstützungsleistung durch Rubicon wurde mit 70 PT geschätzt, Ländervorschlag Deckel auf 34 PT setzen.

Konsens: Es bleibt bei den bereits geplanten Beträgen des heurigen Jahres. Der gemeinsame Weiterentwicklungstopf wird nicht aufgestockt.

Im Hinblick auf die Ressourcen-Diskussion muss ein Grundsatzgespräch mit Geschäftsführung von Rubicon geführt werden (Teilnehmer seitens Länder: Weidinger, Krenner, Gayer optional). Wenn jemand vom BMI dabei sein soll, dann Martin Germ.

2. Planbudget für 2020

Für die Unterstützung seitens rubicon IT (u.a. Teilnahme am Fachgremium) wird für die notwendige Folgeauftragung für 2020 festgelegt, dass diese aus Budgetgründen auf rund 34 PT gedeckt werden soll (rubicon hat 70PT vorgeschlagen, ist aber sehr hoch, da nicht bei jedem Gremium die Rubicon dabei sein soll). Vorgabe fürs Fachgremium ist, dass diese Summe von 34 PT eingehalten werden muss.

Klare Unterstützung seitens der Länder, dies soll im heutigen Managementgremium beschlossen werden.

3. Rolle der Applikationsleitung ab dem Jahr 2021

BMI will Applikationsleitung zurückfahren und dafür mehr CRs machen. Das ist für die Länder derzeit nicht denkbar, da Applikationsleitung in solchen großen Kooperationen siehe GISA zumindest 0,5 VBÄ ausmacht, wenn es zufriedenstellend laufen soll.

Soll die Rolle ab 2021 eine interne Person sein, um die Kosten für weitere CRs zu nutzen?

Ein gewisser Sockel an Grundkoordination bedarf es, es wird daher eine Person benötigt, die diese Koordinationsaufgabe übernehmen soll, wobei ergänzend besprochen wird, dass auch die Kosten einer internen Person auf die Kooperationspartner umgelegt werden würden.

Wien-Sicht: der Wunsch damals war, dass diese Rolle eine externe Person übernimmt und nicht jemanden aus dem Kreis der Teilnehmer (u.a. auch aus Ressourcengründen).

Punkte die zu Bedenken sind:

4. Einschulungskosten für neue Person

- a. Wenn die Person aus unseren Kreisen ist, wird diese Person auch nicht kostenfrei sein – und schwerer eine neutrale Sicht zu den inhaltlichen Themen einnehmen.

Konsens:

Die Rolle der Applikationsleitung wird weiterhin benötigt. Das Abdecken dieser Rolle aus dem BMI wird nicht als sinnvoll erachtet.

Wenn intern jemand aufgebaut wird, ist das natürlich denkbar, aber es muss klar sein, dass man mit hoher Wahrscheinlichkeit über ein eher überschaubares Einsparungspotential verfügt (nach den Einschulungskosten).

5. **Kostenvorschreibung des BMI der Länder**

Kostenvorschreibungen BMI an die Länder sind sehr unzureichend, da keine Details vom BMI geliefert wurde. Wien kann zB nicht feststellen, welche CRs-Wartungskosten nur für Wien war, diese Daten sind aber notwendig um zB die Leistung auch anderen Städten zur Verfügung zu stellen. Kosten als Prognosen und IST-Werte sollen wie im GISA sauber aufbereitet und transparent regelmäßig zur Verfügung gestellt werden. GISA soll als Best Practice für die Darstellung der Folgekosten seitens BMI (Plan- und Ist-Kosten) verwendet werden.

6. **Allfälliges**

- a. Kärnten und Salzburg sind der Kooperation formal beigetreten. NÖ fehlt noch – das Thema liegt zur Entscheidung bei der Landeshauptfrau.
- b. Aktueller Status von den Staturstädten:
Graz ist produktiv; OÖ und T in Vorbereitung; K nimmt Gespräche demnächst auf
- c. Assistenzleitung Fachgremium: aufgrund von COVID-19 gab es einen personellen Wechsel. Herr Hofmann hat diese Rolle übernommen, ist operativ schon tätig.

Top 4: UAG-SDG (Salzburg)

Schreiben über VST an BMDW der IT-Verantwortlichen wurde eingebracht.

AT hat sehr schweren Stand in Brüssel. Durchführungsrechtsakt vermutlich erst im Sommer verlautbart. Kustor hat sich sehr für Österreich bei der EU eingesetzt. In den letzten 2-3 Wochen wurde massiv um die Reduzierung im Durchführungsrechtsakts gekämpft. EK hat tw. noch keine Spezifikationen geliefert, vermutlich hat sie selber die Lösung noch gar vorliegen.

Arbeitsergebnisse der UAG konnten sicherlich in Brüssel auch einiges bewirken, wichtig scheinen auch Allianzen mit anderen Mitgliedstaaten zu sein, die baltischen und nordischen Staaten sind tw. auf AT Punkte eingegangen.

UAG bereitet Dokument zu praktischen Umstellungsaufwand vor, bis 12.12.2020 muss erste Umsetzung erfolgt sein. Aber es wird sich unter den aktuellen Rahmenbedingungen ganz Europa schwertun und deshalb wohl nicht gleich zu Vertragsverletzungsverfahren kommen.

Das Nutzerfeedback ist in Webseiten und Formulare einzubinden. Was dies technisch bedeutet ist nicht bekannt.

Laut EK gibt es ein Feedbacktool, aber mehr Informationen gibt es darüber nicht.

Top 5: IKT ExpertInnenkonferenz (Kärnten)

Mit der Verbindungsstelle muss noch Kontakt aufgenommen werden.
Informationen werden demnächst ausgeschickt.

Top 7: e-Zustellung (Tirol)

Am 2.6. hat ein vom BMDW organisierter Workshop zur neuen eZustellung stattgefunden bei dem die schriftlich eingebrachten Länder-Anforderungen durchbesprochen wurden. Einige Forderungen konnten berücksichtigt werden, andere werden berücksichtigt, wieder andere werden immer noch nicht richtig verstanden:

Der von den Ländern geforderte Portalverbund-Zugang zum ePostfach wurde umgesetzt.

Es wurden auch ein Verteiler für den Informationsfluss gerichtet.

Gesprächsbasis mit dem Projektteam insgesamt gut, aber alle Punkte, die (scheinbar) Gesetzlich fixiert (Zustell- oder E-Government Gesetz) werden nicht aufgenommen, jeder Vorschlag in diese Richtung zurückgeworfen.

OÖ hat einen Vorschlag für eine Rückmeldung zum Protokoll erarbeitet, weiters sollte die weitere Vorgangsweise diskutiert werden (Siehe Sitzungsunterlage).

Der Bund bietet einen Folgetermin im Herbst an und schlägt vor, dass die Länder zwischenzeitlich einen legislativen Vorschlag für die TNVZ-Abfrage erarbeiten.

Top 7: EMS / EMS+ / COVID-19 (Tirol/Wien)

Die Länder IT-Verantwortlichen haben sich in einer Vorabstimmung auf folgende Feststellungen verständigt:

- Vom BMG sollten praktisch anwendbare Soll-Prozesse definiert und die genaue Nutzung von EMS vorgegeben werden. Auch das Zusammenspiel mit Anwendungen/Playern im Umfeld wie 1450, RK, EMS+, Labormeldungen, Kanzleisystemen, Kommunikation müssen hier berücksichtigt werden.
- Um den Bedienungsaufwand der Anwendung so effizient wie möglich zu halten, sollten gemeinsam notwendige/sinnvolle Funktionen erarbeitet und in der Anwendung umgesetzt werden.
- Es sollten Terminpläne festgelegt und kommuniziert werden.

Ministerium nimmt an Sitzung teil:

EMS+: BCG hat diesen Begriff geprägt, es sollte dieser Begriff ALLES umfassen, von Contact Tracing über Screening bis zu EMS Nutzung.

Vom Gesundheitsministerium wird dieser Tage eine IT-Lösung für die Screening-Prozesse ausgerollt. Es liegen in den Ländern keine gesicherten Informationen zu Zeitplänen/Funktionsumfang und Anschlusspunkten zu den weiteren Prozessen vor.

EMS+ soll bald in den Rollout gehen, Labormeldungen usw ist noch immer nicht optimal.

1. Screening Datenbank: Schnittstellen in Screening-DB: .csv-Personenupload, Labormeldungen werden mit HL7 eingemeldet.
Kern EMS + Screening + Contact Tracing (nicht die App). Bei der Landessanitätsdirektoren Konferenz wurde dies vorgestellt. Zieltermin für Start ist 1. Juli in Oberösterreich, dürfte ein LSD-Beschluss sein.
Screening DB soll im PV laufen
Herzog/BMG hat Schnittstelle zu anderen Vorsystemen vorgesehen, in Ministerium-IT ist dazu nichts bekannt, nur Schnittstelle für Contact-Tracing.
BMG hat Schnittstelle in Aussicht geliefert, wo in Screening-DB auch komplette Screenings-Daten samt Testbefundung angeboten wird.
Unterlagen sind auf der KVG-Plattform zu finden.
Prozess: Upload der Datei mit jenen Personen die getestet werden soll, hier wird ein Code generiert fürs Labor – mit diesem Code ist eine Zusammenführung zur Person möglich.
Jeder positive Fall muss im EMS aufgenommen werden
Wien: Überleitung der von Wien gescreenten Leute via Schnittstelle in Screening Datenbank.
Nur Schnittstelle bzgl. Contact Tracing ist bekannt, zur Screening Datenbank ist nichts bekannt.
Wie kommen Screening Daten von Wien in DB kommen: Konklusio beim Meeting war, dass Techniker (ATOS) mit BMG Techniker zusammensetzen, um den Datensatzaufbau zu erklären.
Termin hat stattgefunden. Lösung gab es keine in dem Gespräch.
Nächsten Schritte: Wien nimmt das in die Taskforce mit. Wie wird eine Lösung gefunden?
Vorschlag war ein CSV, dass von denen kommt die gescreent haben, ein CSV mit Personendaten plus Ergebnis des Tests (sollte auch an ATOS gegangen sein als Template), hat ATOS das bekommen? BMG geht dem nach.

Wie sind Soll-Prozesse vom EMS+?

BMG will sich mit den Ländern zusammensetzen

Schnittstelle sollte bidirektional sein

Ist der Prozess durchdesigned bis zur Bescheidausfertigung? Wenn es von allen Bezirksbehörden auch verwendet werden soll (das EMS) sollte es das geben.

Pos. und neg. Befundergebnisse an Betroffene übermitteln: aus Datenschutzgründen nicht per sms, andere Lösung mit Bürgerkarte. Ideen willkommen, Wiener Lösung wird an das BMG übermittelt

2. EMS: Der EMS Einsatz in der COVID-19 Pandemie durch die Gesundheitsbehörden wird nicht einheitlich gehandhabt. Manche Behörden haben sich in der operativen Abwicklung mit Listen/Vorsystemen beholfen, letztlich müssten damit allerdings Daten mehrfach erfasst werden. Die Vorgangsweisen der verschiedenen Gesundheitsbehörden dürften jedenfalls nicht einheitlich sein.

Tirol: in der Praxis sind sogar die Prozesse in jeder BH anders

Wer bringt sich von der IT Seite ein für die Prozessgestaltung und Schnittstellendefinition.

Vorschlag: Länderseitig eine Arbeitsgruppe aufsetzen. Prozesse auf Länderseite sind durchaus unterschiedliche durch eventuellen Vorsystemen.

Diese zwei Aspekte (Schnittstelle und Prozesse) müssen gebündelt werden.

OÖ: bei Einmeldung von pos. Fälle in Datenbank sollte eine gut sichtbare Information bei der BVB aufscheinen da ein Absonderungsbescheid sofort raus muss. BMG: ist schon umgesetzt.

BMG will vor allen die Schnittstellensituation über den Sommer intensiv analysiert.

BMG würde gerne bilaterale Gespräche mit allen Ländern führen und dann zu einer Gesamtsicht zusammenzuführen. Oder eine kleine Arbeitsgruppe mit jeweils einem Ländervertreter um alle Aspekte einfließen zu lassen.

Länder wünschen sich saubere Vorgaben und Zeitpunkte, wann wo welche Daten in den zentralen Systemen sein müssen. Das BMG glaubt, dass im Gesetz alles geregelt wäre, offenbar lässt dieses aber so viel Spielraum, dass alle Behörden den Prozess anders sehen und umsetzen.

Gemeinsames Ziel: Prozesse und Schnittstellen gemeinsam festlegen und dann möglicherweise Umsetzung und Benützungsanweisung vom BMG.

Das BMG wird sich an die Länder-ITs wenden, diese werden dann die Fachexperten nominieren die einen kompletten Überblick haben.

Von jedem Land bekommt Scharinger die Namen und Kontaktdaten.

3. Contact Tracing:

Anwendungsteil im EMS ist umgesetzt, Weboberfläche im Internet steht zur Verfügung. Von Fachabteilung im BMG schon abgenommen. Es ist unklar, wenn diese Funktion verpflichtend zur Anwendung kommen soll. Auch ist unklar, ob zB alte Daten auch migriert werden sollen oder nicht. Zusätzlich dazu wird aktuell an einer Schnittstelle gearbeitet die es erlaubt, das Tracing aus Dritt-Systemen wie zB EPISYS entgegen zu nehmen. Das passiert aktuell.

Kann man jetzt schon die Daten CSV mäßig übermitteln? Für Übernahme von Altdaten kann man csv verwenden. Für das Webservice gibt es Spezifikationen. Im KVG ist es ersichtlich.

Info vom BMG notwendig: Zeitpläne und Infos, was verbindlich ist.

Am Dashboard wird dann das AGES Logo enthalten sein, da in Zukunft die AGES die Daten veröffentlichen wird.

S4 vom Bund hat eine Info angefordert bzgl. Materiallogistiksoftware: in Tirol gibt es eine Lösung für Maskenverteilung auf Systempartner. Der S4 wird die Folien an die Länder verteilen.

Top 8: elmpfpass (Tirol)

In der vor der Beschlussfassung stehenden Novelle des Gesundheitstelematik-Gesetzes findet sich folgender Wortlaut:

§ 4a (2) Die in Abs. 1 genannten Behörden haben durch organisatorische und technische Vorkehrungen (§ 8) sicherzustellen, dass ein Zugriff auf eHealth-Anwendungen, insbesondere der Zutritt zu Räumen, in denen sich eine Zugriffsmöglichkeit auf eHealth-Anwendungen befindet,

nur den mit Gesundheitsaufgaben betrauten Bediensteten der Behörde möglich ist. Ist es erforderlich, dass in Räumen mit einer Zugriffsmöglichkeit auf eHealth-Anwendungen Parteienverkehr stattfindet, ist jedenfalls sicherzustellen, dass eine Einsichtnahme in die Daten der eHealth-Anwendungen durch Außenstehende nicht möglich ist.

In den Erläuterungen steht, dass „im Gesetzestext [...] aufgrund der gebotenen technologieneutralen Formulierung von Rechtsnormen der Begriff „Portalverbund“ (als eine geeignete technische Implementierung dieser Bestimmung) nicht verwendet, sondern werden vielmehr die zu treffenden Datensicherheitsmaßnahmen funktional beschrieben [wird]“.

Insbesondere die Einschränkung auf bestimmte Räumlichkeiten mit den konkret zuständigen Personen entspricht aber wohl nicht dem gängigen PV-Funktionalitäten.

Diskussion:

Der Satz „Zutritt zu Räumen“ sollte zur Klarstellung rausgestrichen werden. Anmerkung von Tirol wurde nicht beachtet. Scharringer bekommt diese Info.

Top 9: Information Kostensituation pm SAP für Landeslehrpersonen (Tirol)

Die Landesfinanzreferenten haben den Bund aufgefordert, bezüglich der Kosten mit den Ländern in Verhandlung zu treten.

Bericht Status

Das BKA hat in einem Informationsschreiben an die Länder die Kostensituation klargestellt und die Einrichtung einer Monitoring-Gruppe vorgeschlagen. Bezüglich der Kosten besteht keine Verhandlungsbereitschaft.

Top 10: Offene Punkte mit BMDW (Wien)

Da erst im Herbst wieder Gespräche mit dem BMDW stattfinden sollten wir eine Liste der offenen Themen führen:

- E-Bild
- E-ID
- Zustellung NEU – offene Punkte
- Kraftfahrbundesamt (KBA) - Verschlüsselung von E-Mail Kommunikation
- bPK
- Registerbus
- ...

Termine Sektionschefin mit LADs -> strategischen Punkte abstimmen

Die Liste soll bei der LAG geführt werden, siehe Ref.Server.

Top 11: Halbjährlicher Bericht an die Landesamtsdirektorenkonferenz (Niederösterreich)

Christian Hirt wird den Bericht schreiben und für Feedback verteilen.

Wenn das Thema Standardkonformität angesprochen werden soll, bitte das Thema an Christian Hirt schicken.

Das COVID Thema soll auch mitgenommen werden, dass die IT hier sehr stark eingebunden war. Sanitätsdirektionen eng vernetzt, aber ohne IT mit einzubinden, hier ist die IT an Grenzen gestoßen. Zustellung fehlt in den ES-Prozessen wieder, aber Aktenführung und (elektronische) Zustellung ist ein wesentlicher Baustein im Prozess
Punkt bzgl. E-ID und Passbehörden-Problematik soll auch aufgenommen werden.

Top 12: Wassrechtsanträge (Wien)

Gerhard Hartmann hatte einen Termin mit dem BMDW zu dem Thema.

Es wurde ein erstes Formular für den Bund schon umgesetzt mit Bundes-ELAK-Integration und USP Anbindung.

Folgende Eckpfeiler wurden genannt:

- Das erste Formular hat ca 100 Felder (also kein triviales Formular)
- 7 weitere Formulare werden noch folgen
- Formular wäre für die Länder und die BHs verfügbar.
- Schnittstelle über duale Zustellung mit XML in Länder und BH Applikationen/ELAK wäre möglich.

Über USP eingebracht wird es gleich an die richtige Behörde übermittelt.

Im USP gibt es für Anfragen und Probleme ein eigenes Servicecenter.

Das BMDW lässt daher fragen ob wirklich alle 9 Bundesländer das selbst bauen wollen und wie es mit der Anbindung der BHs aussieht von wem die serviciert werden.

Weiters ist zu erwarten, dass sich besonders in der ersten Zeit noch Änderungen in den Formularen ergeben die dann natürlich x mal nachgebaut werden müssen.

Das BMDW hat von 100.000 Aufrufen der Formulare pro Jahr gesprochen.

Frau Fux steht auch gerne für eine größere Runde zur Verfügung.

Burgenland/Koch wird einen Bericht nach seinem Termin zusammenstellen.

Top 14: Anbindung der kostenpflichtigen Abfrage des SZR via Kombinationsabfrage (Wien)

Damit die Möglichkeiten der Digitalisierung im Rahmen der Verwaltungstätigkeit optimal ausgenutzt werden kann, sind Registerdienste (z.B.: für Abfragen aus dem ZMR oder SZR) ein effektives Mittel, auf zentrale Daten des Bundes zuzugreifen, und damit die Datenqualität in den Applikationen zu gewährleisten.

Für den ZMR-Änderungsdienst gibt es in der Meldegesetz-Durchführungsverordnung (§ 17) eine Bestimmung, die das Ansuchen und die Kosten dieses Dienstes regelt. Nach dieser Bestimmung ist für jede teilnehmende Datenverarbeitung ein solcher Antrag zu stellen. Für das SZR bestehen solche gesetzlichen Regelungen aus unserer Sicht nicht.

Da verschiedenste Abteilungen / Anwendungen diese Dienste nutzen wollen, gab es die Überlegung, ob die Stadt Wien einen Gesamtvertrag mit dem Ziel einer pauschalierten Verrechnung mit dem BM.I abschließen könnte, um die aus wirtschaftlicher (Kosten), organisatorischer und strategischer Sicht optimale Lösung zu finden.

Motivation bzw. erwarteter Nutzen sind:

- Kostendämpfung für SZR-Zugriffe
- Raschere Nutzung bei weiteren Anwendungen ist möglich, weil Rahmen vereinbart ist
- Barrieren für Registernutzung gesenkt
- Bessere Datenqualität
- Bessere E-Government – Services

Ist-Stand:

- VSTV verwendet die Kombiabfrage. Kosten Einmaliges Entgelt € 15.000,-; Jährliches Wartungsentgelt € 2.400,-
- Projekt „TPX-Ablöse für den FB Staatsbürgerschaft (STBUP) (MA 35)“: einmalige Kosten € 15.000; jährliche Wartungskosten 18% (= € 2.700)
- Wiener Wohnen: da warten wir noch auf Rückmeldung über die Nutzung (Annahme: ungefähr so hoch wie vorhin angeführt)
- Mein.Wien: eine SZR-Kombiabfrage war geplant, wurde aber nicht umgesetzt, da bei dieser Abfrage Nebenwohnsitz nicht mitgeliefert werden. Es ist aus heutiger Sicht nicht geplant, in Zukunft dort die SZR-Kombiabfrage zu nutzen.

Das Anliegen einer Vereinbarung betreffend einer pauschalierten Verrechnung der SZR-Kombinationsabfrage wurde abgelehnt, mit der Begründung, dass es grundsätzlich keine Generallizenz für eine Kombiabfrage beim BM.I gebe. Die Kombiabfrage sei nach technischer Vorprüfung (Ressourcenfrage) nur mittels Einzelgenehmigung und entsprechender Vereinbarung möglich. Es gab auf SachbearbeiterInnenebene keine Möglichkeit das Anliegen näher zu untermauern, da ohne weitere Rückfragen eine schriftliche Ablehnung erfolgte. (Anmerkung: Das BMDW ist nun Stammzahlenregisterbehörde. Das BM.I ist Betreiberin des ZMR und des SZR.)

Diskussion:

Punkt muss besser aufbereitet werden, den Anwesenden ist unklar, was eine SZR-Kombinationsabfrage ist. Im SZR steht nur die bPk.

In dem Zusammenhang: Die STMK würde gerne Test-bPKs mit Handysignatur zur Verfügung haben, hat ein Land so etwas zur Verfügung?

Der Punkt soll in AG Leiter mitgenommen werden.

Top 15: Handysignatur ohne Kontakt zur Behörde (Wien)

Der Beschluss der Landeshauptleutekonferenz vom 15. Mai 2020 zur e-Zustellung beinhaltet auch den ausdrücklichen Wunsch die Handysignatur für die Bürgerinnen und Bürger kontaktlos zu erlangen.

W: Wenn das wirklich zeitnah umgesetzt wird, bräuchten wir unsere Umsetzung nicht mit der A-Trust die nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrifft und sicher nach den letzten Gesprächen mit der A-Trust ein Formular und SOAP Anbindung an die A-Trust beinhaltet. A-Trust hat für das BMJ ein Verfahren implementiert hat (organisatorisch und technisch) sich eine HS ausstellen zu lassen ohne auf der Behörde erscheinen zu müssen.

OÖ: grundsätzlich interessiert an der A-Trust Lösung und mit W in Kontakt. Aber man sollte eher die E-ID auf praktikablere Füße stellen.

Da COVID-19 bedingt eine schnelle Umsetzung dieser Lösung nicht möglich ist und nur einen Teil der Anforderung abdeckt, soll das Thema nochmals diskutiert werden.

Tirol: mit E-ID soll dies aber noch verschärft werden, weil dies nur mehr über die Passbehörde gemacht werden soll. Es soll ein Video-Identverfahren forciert werden.

Burgenland: hat keinen Bedarf. Sieht den Punkt bzgl. Passbehörden als eher aussichtslos an.

Der e-ID Pilotstart in STMK, W, NÖ und OÖ im Oktober soll abgewartet werden, dann sollen harte Fakten erhoben werden um die LADs ggf. gut informieren zu können.

Top 16: BLSG

Die BLSG/Verwaltungs-AG entfällt.

- Diskussion zum Zeitplan und Vorgangsweise im „E-Government Strategie“-Prozesses
Es ist zu erwarten, dass im September die Gespräche aufgenommen werden.

Vorschlag: es soll aktiv ein Schritt gesetzt werden, zB mit einem gemeinsamen Schreiben der Länder an das BMDW gerichtet, dass gemeinsam mit dem BMDW einen Terminvorschlag erarbeitet wird. Das Schreiben wird von Mathias Winkler und Norbert Weidinger aufgesetzt.

- LAD/Länder-Besuche der neuen Sektionschefin Ulmer, evt. Aktualisierung des Länder-Forderungspapiers vom Herbst 2019
Bisher besteht kein Kontakt.
Vorschlag NÖ: in einer Delegation (Wien und Niederösterreich) bei der Sektionschefin vorstellen und IKT-Expertenkonferenz einladen um in einen Dialog zu treten.

- Information FSR: zusätzliches Feld bei der „digitale vorläufige Abnahme“

Top 17: Allfälliges

Thema / Bericht / Feststellungen

- **RADON Datenbank (NÖ)**
Länder sollten aus Sicht des Bundes Prozess-Sichtweisen einbringen. Inbetriebnahme soll Q3/2021 sein. ÖO scheint sehr engagiert zu sein. NÖ hinterfragt nochmals Fallzahlen. Vorarlberg: pro Bundesland sind die Fallzahlen sehr unterschiedlich. ÖÖ betrifft es stark. Es soll kein größeres Projekt daraus entstehen. ÖÖ wird mit Fachabteilung reden. Jedes Land sollte versuchen, das Thema einzufangen. NÖ kennt zumindest ein paar Namen und verteilt Informationen dazu.
Verteiler: Von: Isabella.Wohlschlager@ooe.gv.at <Isabella.Wohlschlager@ooe.gv.at> Im Auftrag von us3.post@ooe.gv.at ; An: leopold.schalhas@noel.gv.at >; arthur.oberauer@tirol.gv.at ; johann.fenninger@salzburg.gv.at ; michael.bohle@vorarlberg.at ; gerhard.seifritz@noel.gv.at >; johannes.pritz@stmk.gv.at ; alexander.schrott@ktn.gv.at
- **Cloud-Arbeitsgruppe (Vorarlberg)**
Steiermark schickt den letzten Stand.
Es gibt zu diesem Thema mehrere Arbeitsgruppen, in welchen Teile des Dokuments überarbeitet werden. Der ursprüngliche Zeitrahmen ist nicht mehr gültig.
Sobald ein Terminplan bekannt ist, wird dieser ausgeschickt.
Zielsetzung aus Sicht STMK nicht sehr hilfreich für die Länder.
- **Ergänzungsregister (Wien)**
Anforderung aus dem Fördermittelmanagement:
Notwendige Funktionalität: Erstellung PDF-Auszug des Ergänzungsregisters
Kurzbeschreibung: Für juristische Personen (= FörderwerberInnen) muss es möglich sein, die eigene "Ordnungsnummer" im Ergänzungsregister abzufragen und dann einen PDF-Auszug zu erstellen.
Hintergrund: dieser PDF-Auszug muss seitens der FörderwerberInnen beim Förderansuchen beigelegt werden.
Über das Unternehmensregister ist das weiterhin möglich, das ERsB ist derzeit nicht public.
Es gibt auch eine Schnittstelle: <http://www.statistik.at/portal/awp/urv/> falls das wer automatisiert einbauen will
- **Public Blockchain Services – Portalverbundregelung**
WKO hat Initiative mit WU und Wien ergriffen und erstellt Papier für eine „Austrian Public BlockChain“. Es wird dazu ein Leitfaden erstellt.
- **Beitritt NÖ Feuerwehr Verband (NÖ)**
Es soll vorerst das Jira vom Bund verwendet werden, in weiterer Folge die Applikation FDISK und ein gemeinsames Einsatzleitsystem.
Grundsätzlich sollte die Diskussion bzgl. des Teilnehmerkreises/Vision im Portalverbund wieder aufgegriffen werden (AG-IZ und AG-RS).
Eventuell handelt es sich hier auch um ein Missverständnis in der Vorinformation.
Dies soll in der AG-IZ besprochen werden und dem BMDW als Input in der Strategieentwicklung gegeben werden.
Es wird ein Gespräch mit Roland Ledinger gesucht.
- **Schülerbeihilfe Online (Tirol)**
1. Variante: weiterhin nicht amtssignieren („nicht-Bescheide“)
2. Variante: Vorschlag vom BRZ umzusetzen. BRZ soll eine Vollmacht bekommen, mit welchem Sie sich ein eigenes Zertifikat pro Land holen und dieses Zertifikat verwenden.
Wien hat massive Bedenken das BRZ mit der Landesamtssignatur arbeiten zu lassen.
Burgenland, Steiermark, Oberösterreich bleibt bei der Lösung.

Es wird noch auf den Vorschlag einer Vollmacht inkl. Zeitplan gewartet.

- **AnNA (Oberösterreich):**
Produktivsetzungstermine derzeit nicht ganz klar, am 25.6. Projektteam-Termin, idF wird ein Bericht von ÖO verschickt.
Statusbericht wird nachgereicht, Tirol: wer ist Auftragsverarbeiter usw. ÖÖ soll diese Informationen bzgl. DSGVO erarbeiten, ÖÖ dies mit dem Projektleiter entsprechend abklären und vorbereiten
Steiermark schafft den Inbetriebnahme Zeitpunkt heuer nicht mehr. Länder müssen aber nicht unbedingt gleichzeitig einsteigen.
- **Informationsfreiheitsgesetz**
Gespräche wurden gestartet, nächste Woche ist die nächste Sitzung, in welcher über eine große Datenbank gesprochen wird.
Tirol leitet das Papier weiter.